

Biblis-Abschaltung

PFUSCH ODER ABSICHT? BOUFFIER RISIKIERT STEUERGELD

Durch die rechtswidrig erfolgte Abschaltung des Atomkraftwerks Biblis hat Ministerpräsident Bouffier aus Absicht oder durch bloßen Pfusch das Risiko für eine erfolgreiche Schadensersatzklage von RWE gegen das Land deutlich erhöht. „Diese Klage war vermeidbar. Die Landesregierung in Person der früheren Umweltministerin Puttrich und von Ministerpräsident Bouffier handelte zumindest fahrlässig“, kritisierte der SPD-Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel.

Vor der Biblis-Stilllegung habe die Fachabteilung des hessischen Umweltministeriums geraten, keinesfalls auf eine Anhörung von RWE zu verzichten. Doch Umweltministerin Puttrich habe die für Atomfragen zuständige Fachabteilung übergangen und die Verfügung im



THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL

Ministerinnenbüro bearbeitet. „Es gab genug Warnungen: Aus dem Justizministerium wurden erhebliche Bedenken geltend gemacht, aber der Vermerk wurde schlicht weggeworfen“, so der SPD-Fraktionsvorsitzende.

Mit einem von RWE bestellten Schreiben habe Bouffier dem Energieversorgungsunternehmen ein weiteres Argument für eine möglicherweise erfolgreiche Schadensersatzklage an die Hand gegeben, indem er leichtfertig ein Einschreiten der hessischen Atomaufsicht androhte, falls RWE Biblis wieder anfähre. „Sollte Hessen 235 Millionen Euro oder sogar mehr an RWE zahlen müssen, tragen dafür die frühere Umweltministerin Puttrich und Ministerpräsident Bouffier die Verantwortung“, so Schäfer-Gümbel.



GEDENKSTUNDE MIT PROF. BEKIM AGAI

Foto: Martina Häußl-David

GEDENKEN AN DIE OPFER VON PARIS

Der Hessische Landtag hat der Opfer der islamistischen Terroranschläge von Paris gedacht.

Der Frankfurter Islamwissenschaftler Professor Bekim Agai nannte die Attentate „Angriffe auf die Menschlichkeit“, die zugleich auch „Angriffe auf den Islam und seine Werte“ gewesen seien. Er begrüßte, dass viele Muslime sich mit dem Satz „nicht in meinem Namen“ von diesen Anschlägen distanziert hätten.

Millionen Muslime hätten in Deutschland ihre Heimat gefunden und teilten deren Werte, sagte Agai. Allerdings fühlten sich viele Muslime gesellschaftlich an den Rand gedrängt. „Man kann sich nicht zugehörig fühlen, wenn man nicht als zugehörig anerkannt wird“, mahnte Agai. „Diese Menschen haben ihre Hoffnungen und Träume in Deutschland.“

Im Hinblick auf die Demonstrationen von Pegida und ihren Ablegern sagte er: „Lautstarke Pöbelbanden dürfen weder die Deutungshoheit über den Islam noch über das Bild Deutschlands bekommen.“



STEUERGELD FÜR RWE DANK BOUFFIERS PFUSCH UND KUMPANEI?

GRAFIK: GERT-UWE MENDE

Aktuelle Stunden kurz und knapp

VIEL NICHTS UM LÄRM - FLUGLÄRM WIRD VERLAGERT

Der flughafenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, **Marius Weiß**, hat in der Aktuellen Stunde des Hessischen Landtages die von Minister Al-Wazir angekündigten **Lärmpausen** am Frankfurter Flughafen als „utopisch“ bezeichnet.



auf ihre konzeptionellen Grundlagen als auch insbesondere im Hinblick auf ihre Finanzierung. Der Hinweis darauf, dies solle auf der Basis der „Richtlinien für unterrichtsbegleitende sozialpädagogische Förderung (USF) aus Mitteln der 105prozentigen Lehrerversorgung und der Sozialindex-Mittel gefördert werden ist wenig tröst-

Eine Distanzierung von CDU und Grünen von dem CDU-Rechtaußen **Hans-Jürgen Irmer** und dessen islamfeindlichen Äußerungen hat der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion **Günter Rudolph** gefordert. „Herr Irmer ist wiederholt mit seinen ausländerfeindlichen, islamfeindlichen und homophoben Äußerungen aufgefallen und hat dem Ansehen des hessischen Parlamentes massiv geschadet. Deswegen brauchen wir ein klares Signal des Hessischen Landtages“, sagte Rudolph. CDU und Grüne waren dazu nicht bereit.

FLUGLÄRM

SCHWARZ-GRÜN KORRIGIERT SICH

Ziel ist es, *manchmal, aber nur bei Westwind,*
~~regelmäßig~~ zu *für manche Flughafenanlieger, aber nie die im Westen,*
 Lärmpausen ✓ *(falls das Wetter mitspielt)*
 von sieben Stunden ✓ *, dafür wird es anderswo lauter.**
 in der Nacht zu kommen.*

Und jetzt seid gefälligst dankbar!

HESSEN SPD
 LANDTAGSFRAKTION

*schwarz-grüner Koalitionsvertrag

GRAFIK: GERT-UWE MENDE

„Regelmäßige Lärmpausen, die vom Minister Al-Wazir versprochen wurden, wird es nicht geben. Die Instabilität hat etwas damit zu tun, dass es vor allem abends große kapazitative Schwierigkeiten zwischen den einzelnen Bahnen geben wird.“ +++

Als „nach wie vor prekär“ hat der SPD-Abgeordnete **Gerhard Merz** die Situation der **Schulsozialarbeit** in Hessen bezeichnet.



„Nach wie vor bleibt die Zukunft der – viel zu wenigen - bisher vom Land geförderten Projekte unklar, sowohl im Hinblick

lich und wird dem erreichten inhaltlichen und personellen Stand nicht gerecht.“ +++

Die schleppende Ausweisung von **Windvorrangflächen** in Hessen hat der umweltpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion **Timon Gremmels** kritisiert.



„Es ist bezeichnend, dass gerade unter einem grünen Energieminister und einer grünen Regierungspräsidentin die Ausweisung von Windvorrangflächen auf die lange Bank geschoben und die Energiewende in Hessen verzögert wird.“ +++

GRÜNES RÜCKGRAT - FEHLANZEIGE



Kommentar von Günter Rudolph

Der Volksmund sagt, wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch Verstand. Von Rückgrat ist da nicht die Rede. Leider - wie die Grünen in der schwarz-grünen Koalition ein ums andere Mal beweisen. In der Biblis-Debatte werfen sie sich ohne Not vor die CDU-geführte Landesregierung, die schwere Fehler angerichtet hat. Beim Auschwitz-Gedenken grenzen sie zusammen mit der CDU andere Fraktionen aus. Zum Rechtsaußen der CDU, Hans-Jürgen Irmer, ist ihnen tagelang gar nichts eingefallen, die Kraft zur Missbilligung haben sie nicht. Die Grünen dienen sich der Union wahrlich als „Junior-Partner“ an, der mitregieren darf, aber nichts zu sagen hat. Volker Bouffier gibt sich väterlich herablassend und den Grünen scheint das auch noch zu gefallen.

MANGEL DER KOMMUNEN WIRD NUR UMVERTEILT

Die Spaltung der kommunalen Familie durch den Vorschlag für eine Reform des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) hat der SPD-Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel der schwarz-grünen Koalition vorgeworfen. „CDU und Grüne versuchen, die massive Kritik der Städte, Landkreise und Gemeinden am Regierungsvorschlag mit einer willkürlichen Überarbeitung des KFA zu kontern. Dieser Versuch schlägt jedoch fehl. Die kommunalen Spitzenverbände in Hessen, der Städtetag, der Städte- und Gemeindebund und der Landkreistag, stehen dem neuen Modell des KFA weiter unvermindert kritisch gegenüber. Finanzminister Schäfer versucht, durch eine schlichte Um-



KRITIK AM GEPLANTEN KFA

Foto: Martina Häuß-David

verteilung des Mangels gepaart mit staatsautoritärem Verhalten den Druck auf die Kommunen zu erhöhen. Das Grundproblem bleibt aber bestehen: Städte und Landkreise werden durch die Landesregierung mit zu geringen finanziellen Mitteln ausgestattet, um ihre Pflichtaufgaben erfüllen zu können“, sagte Schäfer-Gümbel. Er warf Finanzminister Schäfer vor, „Maß und Mitte“ verloren zu haben. Die notwendigen Bedarfsanalysen seien bis zum heutigen Tag nicht erfolgt. „Das Kernproblem der KFA-Reform besteht weiterhin darin, dass von Anfang an feststand, dass die Kommunen am Ende nicht mehr Geld bekommen sollen.“

ETAT 2015 - POLITISCHE NULLRUNDE

„Der erste vollständige schwarz-grüne Haushalt ist eine einzige Enttäuschung“, kritisierte der finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Norbert Schmitt in der abschließenden Lesung des Etats 2015.



NORBERT SCHMITT

„Er bedeutet die völlige Ignoranz gegenüber der Finanznot der hessischen Kommunen, eine mangelhafte Finanzierung der Infrastruktur und eine unzureichende Finanzierung des Sozialbereichs, z.B. für soziale Initiativen oder

den öffentlich geförderten Wohnungsbau in Hessen. Und er bedeutet für die hessischen Beamten eine ungerechtfertigte Nullrunde bei der Besoldung“, sagte der Abgeordnete. Sein Fazit: „Der erste schwarz-grüne Haushalt ist insgesamt eine politische Nullrunde für Hessen.“

Entgegen den Behauptungen des Finanzministers sei auch dieser Haushalt nicht vom Sparen an den richtigen Stellen geprägt und schon gar nicht solide.



Foto: Davia Merbach

PROTEST GEGEN LOHNDIKTAT

Viele SPD-Abgeordnete haben am Rande der Plenarsitzung den Protest von Landesbediensteten gegen das von Schwarz-Grün geplante Lohndiktat unterstützt. „Das Sonderopfer, das die Beschäftigten nach den Plänen der schwarz-grünen Landesregierung leisten sollen, ist aus unserer Sicht das falsche Signal und auch der falsche Weg. Das Lohndiktat mit der geplanten Nullrunde bei der Gehaltssteigerung und die spürbaren Kürzungen bei der Beihilfe sind kontraproduktiv und stellen massive Einschnitte für die Betroffenen dar“, sagte Schäfer-Gümbel.

Die Mitarbeiter müssten für die verfehlte Haushaltspolitik von CDU und Grünen büßen. „Wir bleiben weiterhin dabei, dass eine einvernehmliche Lösung mit den Betroffenen in Gesprächen auf Augenhöhe gefunden werden muss, deshalb haben wir einen Zukunftspakt für den öffentlichen Dienst vorgeschlagen. Die Fragen der Arbeitszeit, der Vergütung und auch der Personalvertretung können nur im Dialog gelöst werden und nicht in der konfrontativen Art und Weise, in der Schwarz-Grün den Beamtinnen und Beamten gegenübertritt. Anstatt einer Behandlung von oben herab stünde es der Landesregierung gut zu Gesicht, auf die Beschäftigten zuzugehen.“

GLEICHBERECHTIGUNG WIRKSAM VORANBRINGEN

Eine komplette Überarbeitung des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes schlägt die SPD-Fraktion vor. Die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Lisa Gnadl begründete einen entsprechenden Gesetzentwurf der SPD im Landtag: „Wir brauchen in Hessen ein neues, wirksames Gleichberechtigungsgesetz, das seinen Zweck auch effektiv erfüllt.“ Frauen seien in Führungsfunktionen des Landes nach wie vor deutlich unterrepräsentiert. Daran habe sich auch unter Schwarz-Grün nichts geändert. „Das CDU-geführte Innenministerium und das von Bündnis 90/Die Grünen-geführte Wirtschaftsministerium sind in der Führungsriege komplett frauenfreie Zonen“, sagte Gnadl. „Der Aufstieg in Führungsfunktionen ist nach wie vor steinig und schwer.“ Ein Politikwechsel in Sachen Gleichberechtigung sei von der schwarz-grünen Landesregie-



LISA GNADL



rung nicht zu erwarten. Der Entwurf der SPD-Fraktion werde den heutigen Anforderungen an Frauenförderung gerecht. „Wir haben gut ausgebildete Frauen, Frauen die Führungsverantwortung übernehmen wollen und können. Wer will, dass Frauen hier endlich vorankommen, muss klare Regeln aufstellen und konkrete Schritte verabreden. Bloße Absichtserklärungen, die keine Veränderung nach sich ziehen, helfen nicht weiter“, so die SPD-Politikerin. Überall dort, wo Frauen unterrepräsentiert seien, sollen sie bei gleicher Eignung bevorzugt eingestellt werden. Der vorgelegte Entwurf trage auch den Forderungen von Frauenbeauftragten nach mehr und vor allem durchsetzbaren Rechten Rechnung.

VORBEUGUNG GEGEN TIERSEUCHEN

Die tierschutzpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Regine Müller hat sich für engmaschige Kontrollen zur Vorbeugung von Tierseuchen ausgesprochen. „Globalisierte Agrarmärkte führen zu einseitiger und intensiver Tierzucht. Große Mastanlagen sind ein guter Nährboden für Erreger.“ Beim jetzt vorliegenden Gesetzentwurf hätte sich die SPD einen stärkeren Schwerpunkt bei der Vorbeugung gewünscht.



REGINE MÜLLER

GEDENKEN AN AUSCHWITZ

In der Debatte zum Gedenken an den 70. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz hat der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Dr. Thomas Spies gemahnt, die Opfer und die Tat niemals zu vergessen. „Der Plan zur vollständigen Vernichtung der gesamten jüdischen Bevölkerung Europas und noch mehr die bürokratische, nach der Wannsee Konferenz industriell organisierte Umsetzung des Massenmordes macht die Geschehnisse so unvergleichlich und jenseits aller menschlichen Verbrechen zur singulären Katastrophe.“ Die Herausforderung der Gegenwart sei nicht nur historisches Gedenken, sondern die Identifizierung der Wurzeln der Unmenschlichkeit. „Wer sich zum Mitmenschlichen fähig erhält, wer jedem und jeder Achtung, Freiheit und Sicherheit schenkt, der schützt sich und uns alle.“



THOMAS SPIES

VERBRAUCHERBERATUNG IST UNTERFINANZIERT

Keinen Grund für „schwarz-grüne Lobhudelei“ sieht SPD-Abgeordnete Angelika Löber beim Verbraucherschutz. „Die Verbraucherberatung in Hessen bleibt unterfinanziert.“ In den vergangenen Jahren seien beim Verbraucherschutz über vier Millionen Euro gestrichen worden. Nun gebe die schwarz-grüne Regierung einen Bruchteil zurück. „Für mich ist dies keine verantwortungsvolle Politik!“



ANGELIKA LÖBER

Impressum
SPD-Fraktion im Hessischen
Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden
Redaktion:
Gert-Uwe Mende
(verantwortlich)
Katja Apelt
Gerfried Zluga
Martina Häusl-David
Davia Merbach